

Verfassungsschutzbericht 2008

- Kurzzusammenfassung -

1. Politisch motivierte Kriminalität (PMK) ¹

Das BKA registrierte für das Jahr 2008 insgesamt 31.801 (2007: 28.538) politisch motivierte Straftaten. In dieser Zahl sind 16.063 (50,5 %) Propagandadelikte enthalten (2007: 15.306 Delikte = 53,6 %). 2.529 Delikte (8,0 %) sind der politisch motivierten Gewaltkriminalität zuzuordnen (2007: 2.541 = 8,9 %). Bei 24.605 Straftaten (77,4 %) lag ein extremistischer Hintergrund vor (2007: 20.809 = 72,9 %).

Im Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ wurden 19.894 (2007: 17.176) Straftaten, darunter 1.042 (2007: 980) Gewalttaten, mit extremistischem Hintergrund erfasst. Damit stieg die Zahl der politisch rechts motivierten Straftaten mit extremistischem Hintergrund um 15,8 %, die der Gewalttaten um 6,3 %. Der Anteil der Gewalttaten an der Gesamtzahl politisch rechts motivierter Straftaten mit extremistischem Hintergrund beträgt 5,2 % (2007: 5,7 %). Bei 82,6 % (2007: 83,9 %) aller politisch rechts motivierten Straftaten mit extremistischem Hintergrund handelte es sich entweder um Propagandadelikte (14.262 Taten, 2007: 11.935) oder um Fälle von Volksverhetzung (2.173 Taten, 2007: 2.472). Insgesamt wurden 358 Delikte (2007: 294) im Themenfeld „Gewalttaten gegen Linksextremisten oder vermeintliche Linksextremisten“ und 76 Delikte (2007: 78) im Themenfeld „Gewalttaten gegen sonstige politische Gegner“ ausgewiesen.

Im Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität - links“ wurden 3.124 (2007: 2.765) Straftaten, darunter 701 (2007: 833) Gewalttaten, mit extremistischem Hintergrund erfasst. Von den politisch links motivierten Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund wurden 342 (2007: 389) Fälle im Themenfeld „Gewalttaten gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten“ und 6 (2007: 14) Delikte im Themenfeld „Antiglobalisierung“ ausgewiesen. Die Zahl der politisch links motivierten Straftaten mit extremistischem Hintergrund stieg um 13,0 %, die der Gewalttaten ging um 15,8 % zurück.

Im Phänomenbereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ wurden 1.312 (2007: 747) Straftaten, darunter 113 (2007: 108) Gewalttaten, mit extremistischem Hintergrund erfasst. Die Zahl der Straftaten im Bereich der politisch motivierten Ausländerkriminalität mit extremistischem Hintergrund stieg um 75,6 %; die Zahl der Gewalttaten in diesem Bereich stieg um 4,6 %.

275 (2007: 121) Straftaten deuten auf Grund der Tatumstände auf einen extremistischen Hintergrund hin, diese wurden ohne Zuordnung zu einem Phänomenbereich gemeldet.

¹ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA).

2. Rechtsextremistische Bestrebungen und Verdachtsfälle

Die Verfassungsschutzbehörden stellten im Jahr 2008 insgesamt einen geringfügigen Rückgang des rechtsextremistischen Personenpotenzials auf rund 30.000 (2007: 31.000) Personen fest. Der Rückgang resultiert aus der erneut gesunkenen Mitgliederzahl der „Deutschen Volksunion“ (DVU) auf 6.000 (2007: 7.000) und einer leicht rückläufigen Entwicklung bei der NPD, deren Mitgliederbestand rund 7.000 Personen (2007: 7.200) umfasst. Das neonazistische Personenpotenzial ist demgegenüber auf rund 4.800 (2007: 4.400) angestiegen. Die Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten sank mit dem Gesamttrend leicht auf rund 9.500 (2007: 10.000).

Die NPD blieb auch 2008 wichtigste Akteurin im rechtsextremistischen Spektrum. Die Veruntreuung einer größeren Summe an Parteigeldern durch den früheren Schatzmeister Erwin Kemna und parteiinterne Spannungen in der Führungsebene führten in der zweiten Jahreshälfte 2008 zu einer erregt geführten Debatte um den Bundesvorsitzenden Udo Voigt, der noch auf einem Bundesparteitag im Mai 2008 in seinem Amt bestätigt worden war. Bei den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Bayern blieb die Partei erfolglos. Einzig bei den Kommunalwahlen in Sachsen konnte die NPD mit rund 5,1 % der Stimmen in alle zehn Kreistage einziehen und die Zahl ihrer dortigen Mandatsträger mehr als verdreifachen.

Die DVU hatte auch 2008 einen anhaltenden Mitgliederschwund zu verzeichnen. Darüber hinaus blieb sie bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg, der einzigen Wahl auf Landesebene, zu der die Partei antrat, mit 0,8 % unbedeutend.

Die Kooperation zwischen der NPD und der Neonazi-Szene im Rahmen der „Volksfront von rechts“ unterlag 2008 erhöhten Spannungen. Vor allem eine öffentlich und polemisch geführte Kontroverse zwischen „Freien Kräften“ und der NPD-Führung, die sich anlässlich der Beisetzung des verstorbenen Neonazis Friedhelm Busse entzündet hatte, spiegelte signifikant die grundlegenden Differenzen zwischen beiden Lagern wider.

In der Neonazi-Szene sind neben den „Freien Nationalisten“ auch die „Autonomen Nationalisten“ mit einem Personenpotenzial von etwa zehn Prozent der gesamten Neonazi-Szene ein mittlerweile wichtiger und fester Bestandteil. Mit den „Autonomen Nationalisten“ hat sich damit eine Strömung im Rechtsextremismus etabliert, die bei rechtsextremistischen Demonstrationen – in Verbindung mit einem entsprechenden Auftreten gewaltbereiter linksextremistischer Gegendemonstranten – ein nicht zu unterschätzendes Gewaltpotenzial darstellt. Schwere Auseinandersetzungen zwischen militanten Links- und Rechtsextremisten im Rahmen der von Neonazis angemeldeten Demonstration zum 1. Mai 2008 in Hamburg belegten dies augenfällig.

Die Präsenz von Rechtsextremisten im öffentlichen Raum bildete sich 2008 an einer erhöhten Zahl von Demonstrationen ab. So stieg die Zahl neonazistischer Demonstrationen auf rund 80 (2007: 66), die der NPD oder ihrer Untergliederungen auf rund 75 (2007: rund 70). Dabei ging der Trend hin zu Kundgebungen mit geringerer Teilnehmerzahl mit lediglich regionaler Mobilisierung, auch wenn zu einzelnen Großdemonstrationen Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet anreisten.

Rechtsextremistische Musik hat durch ihre identitätsstiftende Funktion zentrale Bedeutung vor allem für das jugendliche Spektrum der Szene. Dabei spricht die mittlerweile breite Vielfalt von musikalischen Stilrichtungen unterschiedliche Rezipienten an. Seit 2006 ist dennoch ein Rückgang der rechtsextremistischen Konzerte zu beobachten, der sich auch 2008 fortsetzte. So wurden im Jahr 2008 127 (2007: 138) Konzerte durchgeführt. Hinzu kamen 30 sog. Liederabende (2007: 23) und 50 Auftritte rechtsextremistischer Musiker bei sonstigen Veranstaltungen (2007: 64). Weiterhin auf hohem Niveau bewegt sich die infrastrukturelle Komponente der rechtsextremistischen Musikszene: 2008 waren – wie im Vorjahr – 146 rechtsextremistische Musikgruppen und 30 (2007: 26) Liedermacher in Deutschland aktiv. Hinzu kamen 78 Versandhändler und Vertriebe (2007: 83), die rechtsextremistische Tonträger, Bekleidungsartikel und Propagandamaterial im Angebot führten.

Die seit Jahren vorhandenen Bestrebungen, Teile der Szene zu intellektualisieren, blieben weiterhin ohne größere Wirkung. Neben einigen wenigen Publikationen waren hier vor allem Einrichtungen und Periodika im Umfeld der NPD maßgeblich, die verstärkte Bemühungen um eine Schulung und Bildung ihrer Kader zeigten.

Der Antisemitismus bleibt ein zentrales Ideologieelement. So versuchten Rechtsextremisten etwa im Zuge der Finanzmarktkrise, antisemitisch konnotierte Verschwörungstheorien zu verbreiten und eventuell vorhandene antisemitische Ressentiments in der Bevölkerung anzusprechen.

Rechtsterroristische Strukturen konnten auch 2008 nicht festgestellt werden. Ebenso war keine szeninterne Debatte über rechtsterroristische Gewalt zu verzeichnen.

3. Linksextremistische Bestrebungen und Verdachtsfälle

Gefüge und Erscheinungsbild des organisierten Linksextremismus haben sich im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich verändert. Linksextremisten wollen je nach ideologischer Ausrichtung an Stelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft oder eine „herrschaftsfreie“, anarchistische Gesellschaft etablieren. Das linksextremistische Personenpotenzial weist insgesamt einen

leichten Zuwachs auf. Ende 2008 waren der Szene nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften etwa 31.200 Personen (2007: 30.800) in Organisationen und sonstigen Personenzusammenschlüssen zuzurechnen, bei denen zumindest Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen feststellbar sind. Dem gewaltbereiten Spektrum gehörten zum Jahresende unverändert rund 6.300 Personen an, darunter wie im Vorjahr bis zu 5.800 Autonome. Ein geringer Anstieg ergibt sich bei den marxistisch-leninistischen, trotzkistischen und sonstigen revolutionär-marxistischen Zusammenschlüssen, denen nunmehr insgesamt 25.200 Personen (2007: 24.800) zugerechnet werden.

Die Zahl der Gewalttaten lag 2008 weiterhin auf hohem Niveau. So wurden im linksextremistischen Bereich 701 Gewalttaten (2007: 833) begangen, darunter 62 Brandstiftungen (2007: 51) und 359 Körperverletzungen (2007: 384).

Während im Jahr 2007 die traditionellen Aktionsfelder von Linksextremisten wie „Antifaschismus“, „Antirepression“, „Antimilitarismus“ oder „Antirassismus“ von der Mobilisierung gegen das G8-Treffen in Heiligendamm überlagert wurden, rückten sie im Jahr 2008 wieder in den Vordergrund.

Linksextremisten bemühten sich zu Beginn des Jahres 2008, die im Zuge der Proteste gegen das G8-Treffen im Juni 2007 in Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) vermeintlich neu entstandene „Dynamik und Kraft“ der globalisierungskritischen Bewegung in Deutschland zu stabilisieren und für künftige Mobilisierungen nutzbar zu machen. Auch wenn die autonome Szene grundsätzlich organisierungs- und hierarchiefeindlich sowie überwiegend regional strukturiert ist, versuchen einzelne Gruppen aus dem militanten autonomen/antiimperialistischen Spektrum die Schaffung einer „organisierten undogmatischen linksradikalen Strömung“ anzustoßen.

Die linksextremistische „Antifaschismusarbeit“, die nach wie vor einen hohen Stellenwert für dieses Spektrum einnimmt, zielt nur vordergründig auf die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen. Eigentliches Ziel von Linksextremisten ist es hingegen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu überwinden, um die dem „kapitalistischen System“ angeblich innewohnenden Wurzeln des Faschismus zu beseitigen. Aktivitäten gewaltbereiter Linksextremisten richteten sich gegen „Nazi-Aufmärsche“, tatsächliche oder vermeintliche Angehörige der rechtsextremistischen Szene oder deren Strukturen.

Das Aktionsfeld „Antirepression“ spielt eine zentrale Rolle in der politischen Agitation von Linksextremisten. Ihre Kritik richtet sich dabei in erster Linie gegen ein aus ihrer Sicht unterstelltes Übermaß des staatlichen Überwachungsapparates.

Einen hohen Stellenwert für Linksextremisten hat das Aktionsfeld „Antimilitarismus“ wieder gewonnen. Im Mittelpunkt linksextremistischer „Antimilitarismusarbeit“ stehen traditionell die USA einschließlich ihrer Verbündeten und damit auch die Bundesrepublik Deutschland. Vor dem Hintergrund des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan, insbesondere jedoch angesichts des NATO-Treffens am 3./4. April 2009 in Baden-Baden und Straßburg aus Anlass des 60-jährigen Bestehens der Verteidigungsgemeinschaft, ist seit Mitte des Jahres 2008 eine Zunahme linksextremistischer Agitation und Aktivitäten auszumachen. Nachdem erste Mobilisierungsbemühungen gegen das NATO-Treffen in Baden-Baden und Straßburg bereits seit dem vorausgegangenen Treffen in Bukarest vom 2. bis 4. April 2008 zu verzeichnen waren, haben sich in der zweiten Jahreshälfte 2008 mehrere, in Teilbereichen kooperierende Mobilisierungsströmungen herausgebildet, in denen sich maßgeblich linksextremistische, linksextremistisch beeinflusste Personenzusammenschlüsse, aber auch nichtextremistische Antimilitaristen formieren.

Aus der „Linkspartei.PDS“ wurde Mitte Juni 2007 durch Fusion mit der nichtextremistischen Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG) die Partei „DIE LINKE.“. Im Mai 2008 führte „DIE LINKE.“ in Cottbus (Brandenburg) ihren 1. Parteitag durch. Ungeachtet ihres ambivalenten Erscheinungsbildes bietet die Partei „DIE LINKE.“ weiterhin tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen.

4. Islamistische/islamistisch-terroristische und Verdachtsfälle

Bestrebungen

Die Gefährdung deutscher Interessen im In- und Ausland durch islamistische Terroristen war auch 2008 unverändert hoch. Deutschland ist weiterhin Teil des weltweiten Gefahrenraumes und liegt im unmittelbaren Zielspektrum islamistisch-terroristischer Gruppierungen.

Mit den Festnahmen im September 2007 konnten Sprengstoffanschläge auf US-amerikanische Einrichtungen in Deutschland mit möglicherweise hohen Opferzahlen vereitelt werden. Gegen die drei festgenommenen mutmaßlichen Anhänger der „Islamischen Jihad-Union“ (IJU) wurde am 2. September 2008 Anklage vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf erhoben.

Deutschland zählt für die „Mujahidin“ zum Lager der „Kreuzzügler“, zu den Helfern der USA und Israels. Insbesondere das deutsche Engagement in Afghanistan ist verstärkt in den Fokus islamistischer Terroristen gerückt. Das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet hat in den letzten Jahren zunehmend als Planungs- und

Ausbildungsstützpunkt für „al-Qaida“ und assoziierte Gruppierungen an Bedeutung gewonnen. In diesem Zusammenhang wurden vermehrt Reisebewegungen von Personen aus dem islamistisch-terroristischen Spektrum in Deutschland in Richtung Pakistan festgestellt.

Bezogen auf das Täterspektrum haben Strukturen, die sich aus radikalisierten Personen ab der zweiten Einwanderergeneration sowie radikalisierten Konvertiten zusammensetzen, so genannte „Homegrown“-Strukturen, eine besondere Bedeutung erlangt.

Das wichtigste Kommunikations- und Propagandamedium für Islamisten und islamistische Terroristen bleibt das Internet. Hinsichtlich der Qualität, der Sprachenvielfalt und der Inhalte „jihadistischer“ Internetpropaganda zeichnen sich neue Tendenzen ab. Insgesamt ist eine Professionalisierung der Propaganda sowie eine Zunahme von Deutschlandbezügen festzustellen.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Konflikte im Nahen Osten und in Tschetschenien geht auch von dort regional agierenden islamistischen Organisationen eine Gefährdung für Deutschland aus. Organisationen wie die libanesische „Hizb Allah“ („Partei Gottes“), die palästinensische „Islamische Widerstandsbewegung“ (HAMAS) und die „Tschetschenische Republik Itschkeria“ (CRI)/„Tschetschenische Separatistenbewegung“ (TSB) streben in ihren Herkunftsländern die konsequente Umgestaltung der Staats- und Gesellschaftsordnungen nach ihrem Verständnis der islamischen Rechtsordnung (Scharia) an und setzen zur Durchsetzung ihrer Ziele auch terroristische Mittel ein. In Deutschland liegt ihr Schwerpunkt auf der Sammlung von Spendengeldern, um die Mutterorganisationen in den Herkunftsländern zu unterstützen.

Diejenigen islamistischen Gruppierungen in Deutschland, die sich als Interessenvertretungen großer Teile der hier lebenden über 3 Millionen Muslime sehen, wollen nach wie vor durch politische Einflussnahme und gezielte Öffentlichkeitsarbeit ihren Anhängern im Bundesgebiet Freiräume für ein schariakonformes Leben schaffen. Diese Gruppierungen betrachten die Scharia als ein zu jeder Zeit gültiges, alle Lebensbereiche regelndes Gesetzssystem, dessen genaue Umsetzung zur Ausübung des „wahren“ Islam unabdingbar sei. Mitgliederstärkste Gruppierung dieses Spektrums ist die „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V.“ (IGMG). Ähnlich agieren die Anhänger der „Muslimbruderschaft“ (MB) in Deutschland, als deren mitgliederstärkste Organisation die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD) mit den ihr angeschlossenen „Islamischen Zentren“ angesehen wird.

5. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern und Verdachtsfälle (ohne Islamismus)

Das Mitglieder- und Anhängerpotenzial der 45 in Deutschland agierenden nichtislamistischen sicherheitsgefährdenden bzw. extremistischen Ausländerorganisationen hat sich mit 24.750 Personen gegenüber dem Vorjahr

(2007: 25.250) leicht verringert. Linksextremistische oder linksextremistisch geprägte Ausländergruppierungen verfügten über 16.870 (wie 2007) Mitglieder bzw. Anhänger; dem nationalistischen Spektrum waren 7.880 (2007: 8.380) Personen zuzurechnen.

Auch im Jahr 2008 wurden die Aktivitäten dieser Organisationen wieder im Wesentlichen durch aktuelle politische Ereignisse und Entwicklungen in den jeweiligen Herkunftsländern bestimmt.

Die zentrale Forderung der – in Deutschland verbotenen – „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) zielt nach wie vor auf mehr politische und kulturelle Eigenständigkeit der Kurden in ihren Herkunftsländern, insbesondere in der Türkei.

Als Reaktion auf exekutive Maßnahmen gegen die PKK in Deutschland – u.a. das Verbot des kurdischen Fernsehsenders „Roj TV“ – entführten die „Volksverteidigungskräfte“ (HPG), die Guerillaeinheiten der PKK, im Juli 2008 im Osten der Türkei drei deutsche Bergsteiger und hielten diese zwölf Tage in ihrer Gewalt.

Im Zusammenhang mit der Behauptung der PKK, der in der Türkei inhaftierte Führer Abdullah Öcalan sei von Gefängniswärtern misshandelt worden, kam es im Oktober 2008 in mehreren deutschen Städten zu zahlreichen Brandanschlägen und Sachbeschädigungen. Zu mehreren dieser Aktionen bekannten sich die „KOMALEN CIWAN“, die Jugendorganisation der PKK.

Linksextremistische türkische Ausländerorganisationen, wie die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C), die „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML) und die „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP), richteten ihre Agitation primär gegen die Türkei, thematisierten aber auch die Ausländer- und Sozialpolitik in Deutschland und den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Der langjährige Generalsekretär der DHKP-C, Dursun Karatas, starb im August 2008. Die Nachfolge ist bislang offen.

Die Aktivitäten extremistischer iranischer Organisationen waren wie in den Vorjahren vor allem gegen die politischen Verhältnisse in der Islamischen Republik Iran gerichtet. Die „Volksmodjahedin Iran-Organisation“ (MEK) und ihr in Europa agierender politischer Arm „Nationaler Widerstandsrat Iran“ (NWRI) setzten sich mit intensiver Propaganda erneut dafür ein, die Streichung der MEK von der EU- und der US-amerikanischen Liste terroristischer Organisationen zu erreichen. Das gerichtliche Vorgehen der MEK gegen ihre Erfassung in der europäischen Liste terroristischer Organisationen hatte letztlich Erfolg. So erklärte das

Europäische Gericht am 4. Dezember 2008 die letzte Listungsentscheidung des EU- Rates vom 15. Juli 2008 hinsichtlich der MEK für nichtig. Am 26. Januar 2009 beschloss der EU-Rat, die MEK von der EU-Liste terroristischer Organisationen zu streichen.

Asiatische separatistische Organisationen, wie die „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE) aus Sri Lanka und vornehmlich aus dem indischen Bundesstaat Punjab stammende Sikh-Gruppierungen, beabsichtigen weiterhin, in ihren Heimatländern unabhängige Staaten zu errichten. Die in Deutschland lebenden Anhänger dieser Organisationen konzentrierten sich insbesondere auf die Beschaffung von Spendengeldern und propagandistische Aktivitäten zur Unterstützung ihrer Mutterorganisationen im Ausland.

6. Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten

Die Bundesrepublik Deutschland ist wegen ihrer geopolitischen Lage, ihrer wichtigen Rolle in EU und NATO sowie als Standort zahlreicher Unternehmen der Spitzentechnologie mit Weltmarktführung für fremde Nachrichtendienste sehr attraktiv. Ihre offene und pluralistische Gesellschaft erleichtert den Nachrichtendiensten die Informationsbeschaffung. Hauptträger der Spionageaktivitäten in Deutschland sind derzeit die Russische Föderation und die Volksrepublik China. Darüber hinaus sind Länder des Nahen, Mittleren und Fernen Ostens sowie Nordafrikas zu nennen.

Die Nachrichtendienste dieser Staaten sind in unterschiedlicher Personalstärke an den jeweiligen amtlichen oder halbamtlichen Vertretungen in Deutschland präsent und unterhalten dort so genannte Legalresidenturen.

Die dort abgetarnt als Diplomaten oder Journalisten tätigen Nachrichtendienstmitarbeiter betreiben entweder selbst – offen oder verdeckt – Informationsbeschaffung oder leisten Unterstützung bei nachrichtendienstlichen Operationen, die direkt von den Zentralen der Dienste in den Heimatländern geführt werden. Werden solchen „Diplomaten“ statuswidrige Aktivitäten nachgewiesen, kann dies zur Ausweisung der betreffenden Person aus Deutschland führen.

Nachrichtendienste handeln politisch gesteuert und nach gesetzlichen Aufgabenzuweisungen. Die Schwerpunkte ihrer jeweiligen Beschaffungsaktivitäten orientieren sich an den aktuellen politischen Vorgaben oder wirtschaftlichen Prioritäten in ihren Staaten. Die Aufklärungsziele ausländischer Nachrichtendienste reichen von der Informationsbeschaffung aus Politik, Wirtschaft und Militär bis hin zur Ausspähung und Unterwanderung in Deutschland

ansässiger Organisationen und Personen, die in Opposition zu ihren Regierungen im Heimatland stehen.

Darüber hinaus bemühen sich einige Länder weiterhin darum, in den Besitz atomarer, biologischer oder chemischer Massenvernichtungswaffen mit den erforderlichen Trägersystemen zu gelangen sowie die zu deren Herstellung notwendigen Güter und das erforderliche Know-how zu erwerben (Proliferation). Die Proliferation betreibenden Staaten wie Iran und Nordkorea versuchen, Kontrollmaßnahmen durch Lieferungen über Drittländer und die Beschaffung von „dual use“-Gütern zu umgehen.

Eine zunehmende Bedeutung erlangen internetgebundene Angriffe auf Computersysteme von Wirtschaftsunternehmen und Regierungsstellen. Angesichts der ausgewählten Ziele und der angewandten Methoden erscheint eine nachrichtendienstliche Steuerung oder zumindest Beteiligung in vielen Fällen als sehr wahrscheinlich.

Für einige Nachrichtendienste nehmen Aufklärungsziele im Bereich von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik einen zunehmend breiteren Raum ein. Technologisch weniger entwickelte Staaten spähen eher technisches Know-how aus, um Kosten für die eigene Forschung und Entwicklung sowie mögliche Lizenzgebühren zu vermeiden. Höher entwickelte Staaten interessieren sich dagegen für Produktideen, komplexe Fertigungstechniken sowie für Unternehmens- und Marktstrategien.

7. „Scientology-Organisation“ (SO)

Die Mitgliederzahl der „Scientology-Organisation“ (SO) in Deutschland stagniert weiterhin bei 5.000 bis 6.000 Personen. Die Organisation versucht jedoch, im Rahmen einer so genannten Idealen-Org-Kampagne ihre deutschen Niederlassungen nachhaltig zu vergrößern und verstärkt politisch zu wirken. Neben dem Großraum Berlin, wo die Organisation ihre Aktivitäten auch 2008 weiter verstärkte und aktuell in Spandau ein neues „Büro“ eröffnen will, sind die regionalen Schwerpunkte hinsichtlich des Mitgliederbestands und der Tätigkeit der Großraum Hamburg sowie Baden-Württemberg und Bayern. Daneben gibt es in Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen jeweils eine größere Zahl von Mitgliedern.

Am 12. Februar 2008 hat der 5. Senat des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster die Berufung der „Scientology Kirche Deutschland e. V.“ (SKD) und der „Scientology Kirche Berlin e. V.“ (SKB) gegen das erstinstanzliche Urteil des Verwaltungsgerichts Köln vom 11.

November 2004 zurückgewiesen. Mit ihrer im März 2003 eingereichten Klage hatte sich die SO gegen die Beobachtung durch das BfV gewandt.

In seiner Begründung erklärte das Gericht, die Beobachtung der SKD und der SKB durch das BfV sei sowohl mit offenen als auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln rechtmäßig. Es lägen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass die Klägerinnen Bestrebungen verfolgten, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet seien. Damit hat das OVG die über die Jahre hinweg in den Verfassungsschutzberichten niedergelegte Darstellung der SO bestätigt und unterstrichen.

Die zunächst gegen die Nichtzulassung der Revision eingelegte Beschwerde haben SKD und SKB im April 2008 zurückgenommen. Das Urteil des OVG Münster ist somit rechtskräftig.